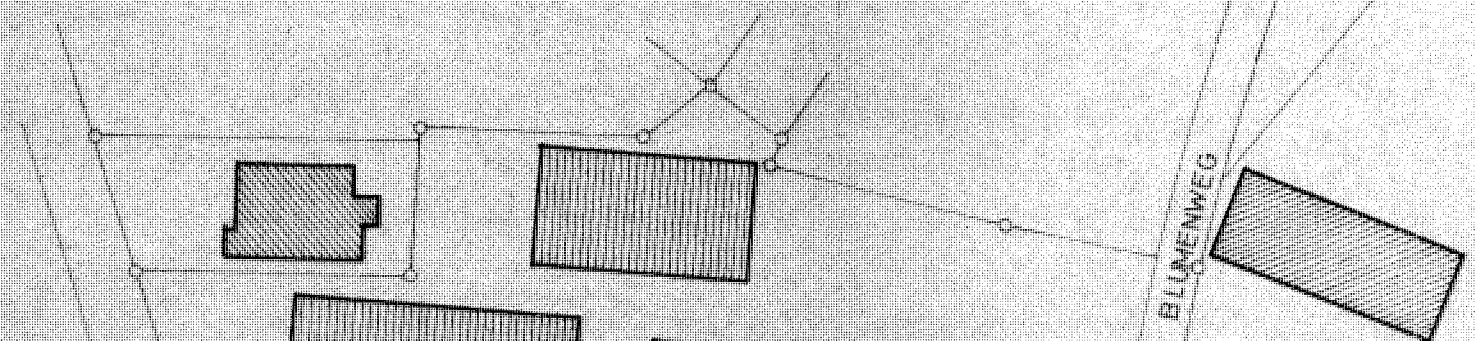









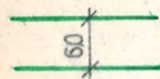


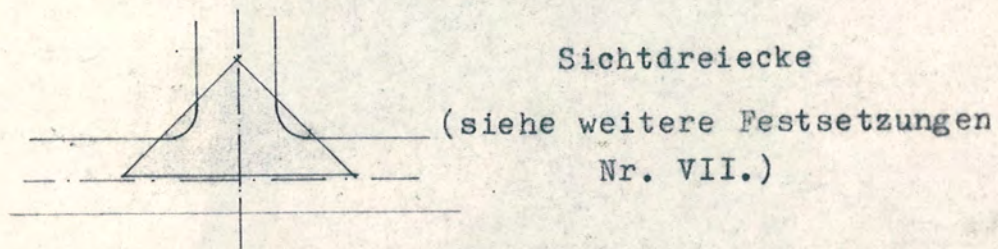
BEBAUUNGSPLAN NR. 4 DER GEM
GEBIET HOFHAMER STR. PL. N



Z E I C H E N E R K L Ä R U N G :

F Ü R D I E F E S T S E T Z U N G E N :

	Grenze des Geltungsbereiches
	Baugrenzen
	Baulinien
	Straßenbegrenzungslinien
	Flächen für Einzel- bzw. Doppelgaragen
	bestehende
	öffentliche Verkehrsflächen
	geplante
	Firstrichtung
	Breite der Straßen und Wege
E+1	zulässig sind Erdgeschoß + 1.Obergeschoß
E	zulässig ist Erdgeschoß u. Kniestock (max. Höhe 1.40 m)



W e i t e r e F e s t s e t z u n g e n :

- I. Das Baugebiet ist als Mischgebiet festgesetzt
(§ 6 Bau NVO).

Mischgebiet dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

Zulässig sind:

1. Wohngebäude,
2. Geschäfts- und Bürogebäude,
3. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
4. Sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,

Zulässig sind:

1. Wohngebäude,
 2. Geschäfts- und Bürogebäude,
 3. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 4. Sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe,
 5. Anlagen für Verwaltungen, sowie für Kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
 6. Gartenbaubetriebe,
 7. Tankstellen.
- II. Baugrundstücke müssen mindestens 600 qm groß sein.
- III. Dachneigung 22 - 24 °, Satteldach; Dachdeckung: rostrotes Eternit, eng.Pfannen oder dunkle Betonpfannen. Garagen: Flach - oder Satteldach.
- IV. Oberkante der Kellerdecke darf nicht mehr als 1 Stufe über dem natürlichen Gelände liegen.
- V. Zäune dürfen eine Höhe von 1,2 m nicht übersteigen, die Verwendung von Beton- und Holzpfeuern in Verbindung mit Drahtzäunen ist nicht zulässig.
- VI. Doppelgaragen an der Grenze sind entsprechend dem B e b . - P l a n , auf der Grundstücksgrenze zusammenzubauen.
- VII. Im Sichtdreieck sind außer Einfriedungen keine baulichen Anlagen und Ablagerungen zulässig. Eine Bepflanzung darf hier die Zaunhöhe nicht überragen.
- VIII. Für je 300 qm Fläche des Baugrundstücks ist an geeigneter Stelle des Anwesens ein Baum bodenständiger Art zu pflanzen.
Alle Bäume die nicht wegen Bauarbeiten entfernt werden müssen, sind zu erhalten.

F Ü R D I E H I N W E I S E :

- ||| Vorhandene Wohngebäude
- ||||| Vorhandene Nebengebäude
- Vorschlag für die Teilung der Grundstücke
- bestehende Grundstücksgrenzen
- ×××× entfallende Grundstücksgrenzen
- 901 Flurstücksnummern
- ⊙124⊙ Höhenlinien
- im Flächennutzungsplan festgelegte Grenze des Baugebietes

In die Bauvorlagen ist ein genaues Geländeprofil einzuzeichnen und geplante Abgrabungen und Aufschüttungen kenntlich zu machen. Die Überprüfung der Absteckung der einzelnen Bauvorhaben erfolgt nach Genehmigung des Landratsamtes Rosenheim. Antrag hierzu ist rechtzeitig beim Landratsamt Rosenheim zu stellen.

Die Gemeinde Endorf i. OB. erläßt aufgrund §§9, 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) vom 25.1.1952 (BayBS I S. 461) i. d. F. vom 21.8.1969 (GVBl. S. 263), Art. 107 der Bayer. Bauordnung (BayBO), (GVBl. S. 179) der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNV) i. d. F. vom 26.11. (BGBl. I S. 1237) und der Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) diesen Bebauungsplan als Satzung.

a) Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 7.10.1969 bis [redacted] der Gemeindekanzlei öffentlich ausgelegt.

Endorf i. OB., den 8. Nov. 1969

Gemeinde Endorf i. OB.

a) Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 7.10.1969 bis [redacted] der Gemeindekanzlei öffentlich ausgelegt.

Endorf i. OB., den 8. Nov. 1969

Gemeinde Endorf i. OB.
J.V.



[Signature]
.....
2. Bürgermeister

b) Die Gemeinde Endorf i. OB. hat mit Beschluß des Gemeinderates vom 7.7.1970 diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.

Endorf i. OB., den 8. Juli 1970

Gemeinde Endorf i. OB.
J.V.



[Signature]
.....
2. Bürgermeister

c) Das Landratsamt Rosenheim hat den Bebauungsplan mit Verfügung vom 19.8.1970 Nr. IV/R-610-1/3 C. 2-1/3 gemäß § 11 BBauG (in Verbindung mit § 2 der Verordnung vom 23. Okt. 1968 - GVBl. S. 327 -) genehmigt, i. d. F. vom 25.11.1969 ^{21. DEZ. 1970} GVBl. S. 370 -)

~~Endorf i. OB., den 10. Sept. 1970~~

~~Gemeinde Endorf i. OB.
J.V.~~



~~*[Signature]*
.....
2. Bürgermeister~~

Rosenheim, 21.12.70

LANDRATSAMT

(Ehler)
Reg. Insp.

d) Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung in der Gemeindekanzlei Endorf i. OB. vom 4.11.1970 bis 4.12.1970 gem. § 12, Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Genehmigung und die Auslegung ist am 4.11.1970 ortsüblich durch Anschlag an Amtstafel bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach §12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

Endorf i. OB, den 7. Dez. 1970

Gemeinde Endorf i. OB.
J.V.



[Signature]
.....
2. Bürgermeister

VIII
1 B 88.0270

ORIGINAL